

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Kreistages  
des Landkreises Osterode am Harz in der Wahlperiode 2006/2011  
am 18. Februar 2008, 15.00 Uhr,  
im Forum der Berufsbildenden Schulen II,  
An der Leege 2 b, 37520 Osterode am Harz

Anwesend:

Mitglieder des Kreistages

Landrat Bernhard Reuter und  
die Kreistagsabgeordneten

Wilhelm Berner, Osterode am Harz  
Werner Bruchmann, Bad Sachsa  
- bis 17.00 Uhr -  
Wolfgang Dervedde, Osterode am Harz  
Hans-Jürgen Gückel, Herzberg am Harz  
Christa Hartz, Herzberg am Harz  
Hans-Jürgen Hausemann, Bad Sachsa  
Karl-Heinz Hausmann, Osterode am Harz  
Edgar Hopfstock, Wieda  
Ulrich Kamphenkel, Wieda  
Manfred Keimburg, Osterode am Harz  
Helga Klages, Osterode am Harz  
- Vorsitzende -  
Rosita Klenner, Walkenried  
Andreas Körner, Bad Lauterberg im Harz  
- stellv. Vorsitzender -  
Henning Kruse, Wulften am Harz  
Barbara Lex, Windhausen  
Klaus Liebing, Bad Sachsa  
Herbert Lohrberg, Eisdorf  
Helga Meyer, Herzberg am Harz  
Herbert Miche, Walkenried  
Marianne Niederheide, Osterode am Harz  
Lutz Peters, Herzberg am Harz

Klaus Posselt, Herzberg am Harz  
Barbara Rien, Bad Lauterberg im Harz  
Eike Röger, Bad Lauterberg im Harz  
Raymond Rordorf, Osterode am Harz  
- bis 17.15 Uhr -  
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz  
Reinhard Schmitz, Herzberg am Harz  
Uwe Schrader, Osterode am Harz  
Ulrich Schramke, Herzberg am Harz  
Frank Seeringer, Osterode am Harz  
Regina Seeringer, Osterode am Harz  
Hermann Seifert, Bad Sachsa  
Eberhard Siegler, Osterode am Harz  
Erich Sonnenburg, Badenhausen  
Peter Stecher, Bad Sachsa  
- bis 17.00 Uhr -  
Holger Thiesmeyer, Bad Lauterberg im Harz  
Manfred Thoms, Hattorf am Harz  
Susanne Voigt, Badenhausen  
Fritz Vokuhl, Bad Lauterberg im Harz  
Günter Wellerdick, Herzberg am Harz  
Karin Wode, Elbingerode  
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz

Von der Verwaltung

Erster Kreisrat Gero Geißlreiter  
Baudirektor Günter Jentsch  
Kreisoberamtsrat Frank Balogh  
Kreisoberamtsrat Siegfried Pfister  
Kreisangestellter Franz-Michael Hemesath  
Kreisamtmann Jörg Schattenberg - als Protokollführer -

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 15.03 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages. Sie begrüßt die Anwesenden, besonders Samtgemeindebürgermeister Harald Dietzmann, die Mitglieder der Personalvertretung der Kreisverwaltung sowie den Vertreter der Presse.

Sodann stellt die Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Der Abg. Mische beantragt für den Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeiner Vertreter des Landrats (Erster Kreisrat)“ die Nichtbefassung. Er begründet diesen Antrag damit, dass wegen einer von ihm erstatteten Strafanzeige staatsanwaltliche Ermittlungen durchzuführen sind und deshalb gegenwärtig keine Personalentscheidung getroffen werden sollte.

Die Abg. Thoms, Seifert und Rordorf halten die vorgebrachte Begründung für nicht hinreichend und sprechen sich gegen den Nichtbefassungsantrag aus.

Sodann lässt die Vorsitzende über den

Antrag

auf Nichtbefassung mit dem Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeiner Vertreter des Landrats (Erster Kreisrat)“

abstimmen.

(Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür,  
26 Gegenstimmen und  
3 Stimmenthaltungen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Der Abg. Seifert führt aus, dass die Abg. Meyer zwei Anträge gestellt habe und fragt, an welcher Stelle diese Anträge behandelt werden sollen.

Der Landrat erläutert, dass die Anträge zunächst zur Vorbereitung in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen werden sollten. Es sei vorgesehen, die Anträge im Bericht des Landrates vorzustellen und eine Verweisung vornehmen zu lassen.

Sodann stellt der Kreistag folgende

### T a g e s o r d n u n g

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 17. Dezember 2007
4. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
5. Dritter Nachtrag zur Entschädigungssatzung des Landkreises Osterode am Harz
6. Erlass einer Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Ko-Finanzierung von EU-geförderten Investitionsmaßnahmen
7. Allgemeiner Vertreter des Landrats (Erster Kreisrat)
  1. Verzicht auf eine Stellenausschreibung
  2. Wiederwahl des derzeitigen Stelleninhabers Gero Geißleiter
8. Ernennung des Kreisbrandmeisters unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter
9. Haushaltsplanung 2008 - 2013;  
Genehmigung des Mehrjahresprogramms 2008 - 2013 für den Ausbau der Kreisstraßen
10. Freiwilliger Zuschuss des Landkreises Osterode am Harz zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern in besonderen Notlagen für die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen
11. Anfragen und Mitteilungen
12. Einwohnerfragestunde

#### Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 17. Dezember 2007

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 17. Dezember 2007 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig bei  
2 Stimmenthaltungen)

Punkt 4:

Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

1. Entwicklung der Haushalte der Landkreis und der Region Hannover

Die Vergleichbarkeit ist nicht immer leicht, da zum 01. Jan. 2008 insgesamt 14 Landkreise auf das doppelte Rechnungswesen umgestellt haben, während 24 Landkreise ihre Haushalte noch nach altem Recht aufgestellt haben.

Auch wenn die Einnahmen im kommunalen Finanzausgleich 2008 etwas unter denen des Vorjahres liegen, konnten diese Mindereinnahmen größtenteils durch höheres Kreisumlageaufkommen kompensiert werden. Insoweit stellt sich die Situation vergleichbar der im Vorjahr dar:

	2007 Anzahl	2008 Anzahl
Haushaltsausgleich komplett	5	8
struktureller Ausgleich	13	11
nicht ausgeglichen	20	19

Das strukturelle Defizit aller Landkreise und der Region Hannover liegt bei rd. 135 Mio. € und damit etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Bei einer isolierten Betrachtung der 19 Landkreise und der Region Hannover, die noch über ein strukturelles Defizit verfügen, liegt dieses bei 161 Mio. €. Im Vorjahr waren es zum selben Zeitpunkt rd. 170 Mio. €.

Das Gesamtdefizit (inkl. der Fehlbeträge aus Vorjahren) summiert sich nach den Plandaten auf 2.244 Mio. €.

Insgesamt zeigt sich, dass trotz der äußerst positiven einnahmeseitigen Entwicklung auch noch im Jahr 2008 rd. die Hälfte der Landkreise weiterhin nicht in der Lage ist, periodengerecht den laufenden Betrieb zu finanzieren. Insoweit bleibt die Finanzsituation der Kreisebene in Niedersachsen auch in 2008 besorgniserregend.

Keine Entwarnung kann es auch bei den Liquiditätskrediten (vormals Kassenkrediten) der niedersächsischen Landkreise und der Region Hannover geben. Nach dem Umfrageergebnis des NLT verfügten die Landkreise und die Region Hannover am 31. Dezember des letzten Jahres über 2 Mrd. € an Kassenkrediten.

Acht Landkreise sowie die Region Hannover erheben eine differenzierte Umlage, d.h., dass sie für einzelne Umlagegrundlagen z. T. unterschiedliche Umlagesätze festgesetzt haben. Die Hebelwirkung liegt in einer Spannbereite zwischen 1 %-Punkt und 6 %-Punkten. Der Landkreis Osterode am Harz liegt dabei wie der Landkreis Nienburg/Weser bei 6 %-Punkten.

## 2. Regionale Teilbudgets (RTB)

Das Programm der RTB wurde bereits auf den Innungsversammlungen für die Bereiche Bau, Elektro, Metall, Kfz, Fleischer, Dachdecker, Bäcker und Tischler vorgestellt. Für die Bereiche Friseure, Maler und Sanitär finden die Innungsversammlungen noch statt; eine Vorstellung ist vorgesehen.

Für den 23. Apr. 2008 ist eine gemeinsame Veranstaltung mit der Handwerkskammer Hildesheim und der Kreishandwerkerschaft im Haus des Handwerks in Osterode am Harz geplant.

Das RTB ist seit dem 01. Nov. 2007 in Kraft. Acht Anträge wurden bisher gestellt. Davon konnten bisher drei mit einem Zuschussvolumen von insgesamt 120.550,- € bewilligt werden. Die restlichen fünf Anträge mit einem Zuschussvolumen von 239,793,52 € werden nach Vorlage der Durchfinanzierungszusagen der Banken bewilligt.

Bewilligt wurden zwei Anträge aus Hörden am Harz sowie ein Antrag aus Bad Sachsa. Von den fünf noch zu bewilligenden Anträge kommen je zwei aus Herzberg am Harz und Bad Lauterberg im Harz, des Weiteren ein Antrag aus Hattorf am Harz. Von den acht Anträgen kommen vier aus der Industrie sowie je zwei aus dem Handwerk und dem Beherbergungsgewerbe. Es handelt sich um eine Erweiterungsinvestition sowie um sieben grundlegende Rationalisierungen bzw. Modernisierungen. Angeschoben wird eine Investitionssumme von insgesamt 2.236.248,20 €. Für dieses Jahr verbleibt für weitere Bewilligungen noch ein verfügbarer Restbetrag von knapp 840 T €. Aufgrund von durchgeführten Beratungsgesprächen zeichnen sich etwa 20 weitere Anträge ab.

Der Beratungsaufwand für einen Antrag ist insbesondere im Handwerk und Beherbergungsgewerbe mit ca. je drei Beratungsgesprächen von jeweils einer Stunde Dauer außergewöhnlich hoch.

Die Begleitung durch Banken ist bei geringer Eigenkapitalquote und hohem Risiko noch immer schwierig. Insofern kann die Durchfinanzierung oftmals nur über das Finanzierungsinstrument Mietkauf organisiert werden. Es war somit richtig, dass der Landkreis Osterode am Harz sich mit seiner Forderung für dieses Instrument gegenüber dem Wirtschaftsministerium durchgesetzt hat.

## 3. Landtagswahl 2008

Der Landrat gratuliert dem Abg. Hausmann zur Wahl als Landtagsabgeordneten und dankt dem bisherigen Mitglied des Landtages, der Abg. R. Seeringer. Auch wenn er nicht immer in allen Punkten einer Meinung mit ihr gewesen sei, müsse gewürdigt werden, dass sie sich für den Landkreis Osterode am Harz engagiert eingesetzt habe.

4. Information über eine Eilentscheidung gemäß § 60 NLO;  
Überplanmäßige Ausgabe bei der Realisierung des Höhleninformationszentrums

Der Landrat berichtet, dass er am 21. Dezember 2007 zusammen mit Herrn 1. stellv. Landrat Liebing der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 153.200 € bei der Haushaltsstelle 3652.94000 - Höhleninformationszentrum - per Eilentscheidung nach § 89 NGO i.V.m. § 60 NLO zugestimmt hat.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei den Fördermitteln und Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 1300.94000. Die überplanmäßige Ausgabe ist erforderlich, um die zugesagte Nachfinanzierung der EU-Mittel in voller Höhe zu sichern.

Die Eilentscheidung wurde notwendig, da Ausgaben zu leisten waren, die nicht bis zur nächsten Kreistagsitzung aufgeschoben werden konnten.

Bei der Kreistagsentscheidung am 10. Sept. 2007 über die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 700.000 € wurde noch davon ausgegangen, dass sich der Eigenanteil des Landkreises für die Baukosten des Höhlenerlebniszentrums auf 1.200.000 € belaufen wird. Nach diesem Beschluss konnten zusätzliche EFRE-Fördermittel in Höhe von 426.600 € eingeworben werden, wodurch sich aber auch die Gesamtausgaben der Baumaßnahme um 153.200 € erhöht haben (wg. 50%-Förderung).

Im Ergebnis verringert sich der Eigenanteil des Landkreises um 273.400 € auf jetzt 926.600 €, verbunden mit einer qualitativen Verbesserung des Projektes.

5. Eilentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 NLO;  
Aufhebung der Schonzeit für Überläufer vom 01. Feb. bis zum 31. März 2008  
- Beschlussfassung im Umlaufverfahren -

Der Landrat berichtet, dass gem. § 2 der Niedersächsischen Verordnung über die Jagdzeiten vom 06. Aug. 2001 (Nds. GVBl. S. 100) die Jagd auf Überläufer vom 1. April bis 31. Januar ausgeübt werden darf.

Der Kreisjägermeister hat in der 3. KW 2008 Stellungnahmen des landwirtschaftlichen Sachverständigen, Herrn ████████ S██████, des Kreislandwirtes, Herrn ████████ D██████, und des 1. Vorsitzenden der Forstgenossenschaft Hattorf am Harz, Herrn ████████ B██████, zu übermäßigen Schäden in den Feld- und Waldfluren des Landkreises Osterode am Harz vorgelegt.

Im Ergebnis wurde eine Bestandsverringerung durch intensive Bejagung von Überläufern nach dem 31. Januar für erforderlich angesehen.

Nach § 26 Abs. 2 des Niedersächsischen Jagdgesetzes (NJagdG) vom 16. März 2001 (Nds. GVBl. S. 100), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Änderung jagdrechtlicher Vorschriften vom 13. Dez. 2007 (Nds. GVBl. S. 708), kann die Jagdbehörde zur Vermeidung von übermäßigen Wildschäden Schonzeiten aufheben.

Von dieser Ermächtigung wurde für die Monate Februar und März 2008 Gebrauch gemacht.

Die originäre Zuständigkeit für den Erlass der Verordnung obliegt dem Kreistag. Da die nächste planmäßige Sitzung des Kreisausschusses erst für den 11. Feb. 2008 vorgesehen war und die nächste planmäßige Sitzung des Kreistags erst am 18. Feb. 2008 stattfinden wird, die Schonzeitregelung für Überläufer aber bereits zum 1. Feb. 2008 greifen sollte, wurde der erforderliche Aufhebungsbeschluss gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 Niedersächsische Landkreisordnung (NLO) als Eilentscheidung durch den Kreisausschuss im Umlaufverfahren gem. § 53 Abs. 3 der NLO herbeigeführt.

Es wurde einstimmig die

*„Verordnung über die Aufhebung der Schonzeit zur Vermeidung übermäßiger Wildschäden durch Überläufer für die Monate Februar und März 2008 für den Landkreis Osterode am Harz“*

beschlossen.

Der Beschlussfassung im Umlaufverfahren hat kein Mitglied des Kreisausschusses widersprochen.

## 6. Anträge der FDP-Kreistagsfraktion

Der Landrat berichtet, dass die Abg. Meyer für die FDP-Kreistagsfraktion am 29. Jan. 2008 zwei Anträge eingereicht hat:

- 1.) *Die Müllentsorgung im Landkreis Osterode wird zukünftig über ein kostenloses Gutscheinsystem geregelt, in das Sperr- und Grünabfall auch bei Selbstanlieferung auf der Deponie selbst eingeschlossen sind. Denkbar wären drei bis fünf Gutscheine, über deren Verwendung der einzelne Bürger selbst entscheiden kann, wie dies in anderen Landkreisen schon üblich ist.*

*Begründung.*

*Die Abfallbeseitigung wird auf diese Weise den realen Zeitbedürfnissen der Bürger besser gerecht als das jetzige, als zu starr empfundene System. Die Selbstanlieferung wird dabei in das kostenlose System einbezogen.*

- 2.) *Die Baugenehmigungen durch den Landkreis sollen von starren Regeln befreit und entbürokratisiert werden, so dass kleinere bauliche Vorhaben nicht mehr der Genehmigung durch das Bauamt des Landkreises bedürfen.*

*Begründung:*

*Viele kleinere Umbauten z.B. in privaten Tourismusbetrieben, welche in unserem Landkreis dringend erforderlich sind, um Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Tourismusgebieten im Ostharz zu erreichen, unterbleiben wegen zu strenger Bauvorschriften und der Länge der Genehmigungsverfahren. Im Landkreis Göttingen z.B. sind Erleichterungen für Bauwillige inzwischen geplant bzw. schon umgesetzt worden.*

Die Fraktion hatte gebeten, die Anträge zur Vorberatung zunächst in die betreffenden Ausschüsse zu verweisen.

Da der Abfallausschuss und der Bauausschuss vor der Sitzung Kreistages im Februar 2008 nicht mehr fristgerecht geladen werden konnten, soll die Vorbereitung für die nächste Sitzung des Kreistages erfolgen und dem Wunsch der Fraktion entsprechend eine Vorbereitung durch die Fachausschüsse erfolgen.

Gegen die Verweisung in die Fachausschüsse erhebt sich kein Widerspruch.

7. Bericht über einen Besuch des Niedersächsischen Umweltministers Sander;  
Äußerungen zur Zwischenlagerung der biologischen Fraktion

Im HarzKurier ist am 24. Dez. 2007 über einen Besuch des Niedersächsischen Umweltministers Sander berichtet worden. Offensichtlich wurde auch über die Vergabe der Entsorgung der Gesamtmenge der biologischen Fraktion des Abfallzweckverbandes Südniedersachsens (AS) gesprochen. Herr Sander sei froh, dass Zwischenlager nicht mehr genehmigt werden müssten, da der Wettbewerb funktioniere und die biologische Fraktion anderweitig entsorgt werden könnte. Seitens Frau Helga Meyer ist in diesem Zusammenhang geäußert worden, dass sie als Vorsitzende des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz durch die externe Vergabe der biologischen Fraktion eine positive Entwicklung der Müllgebühren erwarte.

Der Landrat weist auf die Funktion der Abg. Meyer als Vorsitzende des Abfallausschusses hin und stellt fest, dass die o.a. Aussagen nicht mit ihm oder den Mitarbeitern der Verwaltung abgestimmt wurden und schlichtweg falsch sind, da sie an den Fakten vorbeigehen und darüber hinaus auch falsche Hoffnungen auf Gebührensenkungen geschürt werden.

Es ist immer darauf hingewiesen worden, dass das Notfallprogramm - also die Lagerung der biologischen Feinfraktion auf den Deponien Hattorf am Harz und Blankenhagen mit Sondergenehmigung - wesentlich geringere Kosten verursacht, als die externe Vergabe der Entsorgung der biologischen Feinfraktion.

Hierzu zitiert der Landrat aus dem Protokoll der öffentlichen Kreistagssitzung vom 09. Juli 2007:

„Nachdem der Nieders. Umweltminister als Bedingung für die Zwischenlagerungsgenehmigung eine EU-weite Ausschreibung der biologischen Fraktion forderte, erhöhten sich die Mehrkosten für 40% des Materials um das 2 ½-fache wegen des Zwangs zur Verbrennung.“



Nun verlangt der Minister leider sogar eine weitere Ausschreibung mit der Folge, dass wahrscheinlich 100% verbrannt werden müssen, also auch die 60%, die zur Zeit vergleichsweise kostengünstig gelagert und nach Erreichen der Ablagerungswerte sogar deponiert werden dürfen. Dies - und nicht die Lagerung auf den Deponien - würde nach Schätzungen des AS ab Januar 2008 zu Mehrkosten in Höhe von ca. 450.000 € führen. Und diese Kosten schlagen auf die Gebühren durch, da sie eben nicht durch Versicherungen und Zahlungseinbehalte pauschal gedeckt sind.“

Wer sich ein bisschen mit der Materie auseinandergesetzt habe, der wisse, dass die billigste Variante der Entsorgung gegeben sei, wenn die mechanisch-biologische Restabfallbehandlungsanlage (MBA) in Deiderode laufe. Die zweitgünstigste sei das bis zum Ende letzten Jahres trotz der eingeschränkt laufenden MBA praktizierte Verfahren der teilweisen Verbrennung, während die Komplettverbrennung unzweifelhaft die teuerste Variante sei.

Die Abg. Meyer entgegnet, dass es sich bei dem Interview um eine Wahlkampfveranstaltung gehandelt habe, bei der sie als Kreisvorsitzende der FDP und nicht als Vorsitzende des Abfallausschusses des Landkreises Osterode am Harz aufgetreten sei. Insoweit sei sie falsch zitiert worden. Weiterhin sei der Minister Sander gehindert, die praktizierte Lösung der Zwischenlagerung weiterhin zu genehmigen, da zwischenzeitlich die Verbrennungskapazitäten in einem solchen Umfang ausgeweitet wurden, dass das Müllaufkommen kaum zur Auslastung ausreiche und die Anlagenbetreiber auf die vollständige Verbrennungslösung drängten.

#### Punkt 5:

Dritter Nachtrag zur Entschädigungssatzung  
des Landkreises Osterode am Harz

- Drucksache Nr. 81a -

Der Landrat erläutert, dass der vorliegende Beschlussvorschlag auch die bereits vorbereitete Entschädigungsanpassung für die Kreistagsabgeordneten enthalte. Die abschließende Entscheidung sei lediglich zurückgestellt worden, um eine Anpassung der Aufwandsentschädigungen (AWE) der weiteren ehrenamtlich Tätigen einfließen zu lassen. Dies sei mit der vorliegenden Drucksache Nr. 81a erfolgt.

Die Beschlussvorlage sieht für die AWE des Kreisbrandmeisters eine geringfügige Absenkung vor. Nach Darlegung des Kreisbrandmeisters beläuft sich aber die monatliche Fahrleistung inzwischen auf 1.500 km. Unter Berücksichtigung dieser nicht unerheblichen monatlichen Fahrleistung und der gestiegenen Kraftstoffpreise sollte auf eine Absenkung der AWE verzichtet werden.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Dritte Nachtragsatzung zur Änderung der Entschädigungssatzung vom 25. Juni 2001 mit der Änderung, dass im Artikel I Nr. 9 der unter Abs. 1 Buchst. a) genannte Betrag von 500,00 € durch den Betrag von 511,30 € ersetzt wird

(Abstimmungsergebnis: 41 Stimmen dafür,  
1 Gegenstimme und  
1 Stimmenthaltung)

Punkt 6:

Erlass einer Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Ko-Finanzierung von EU-geförderten Investitionsmaßnahmen

- Drucksache Nr. 89 -

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die der Vorlage beigefügte Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Ko-Finanzierung von EU-geförderten Investitionsmaßnahmen.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 7:

Allgemeiner Vertreter des Landrats (Erster Kreisrat)

1. Verzicht auf eine Stellenausschreibung
2. Wiederwahl des derzeitigen Stelleninhabers Gero Geißreiter

- Drucksache Nr. 84 -

Der Abg. Mische führt aus, dass mit seinem Antrag auf Nichtbefassung lediglich der Sachverhalt deutlich gemacht werden und mögliche Konsequenzen aufgezeigt werden sollten.

Sodann sprechen die Abg. Thoms, Meyer, Rordorf, Hausemann, Seifert und Peters zur Sache.

Für die SPD-Kreistagsfraktion erklärt der Abg. Thoms, dem Verzicht auf eine Stellenausschreibung und der Wiederwahl des derzeitigen Stelleninhabers zuzustimmen. Dasselbe erklärt der Abg. Seifert für die FDP-Fraktion, jedoch mit Ausnahme der Abg. Meyer, die für eine Stellenausschreibung plädiert.

Für die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen kündigt der Abg. Rordorf ebenfalls die Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag an.

Der Abg. Hausemann äußert sich gegen eine Wiederwahl des Stelleninhabers. Zur Begründung verweist er auf Aspekte der Amtsführung gegenüber der BITO sowie gegenüber SGB II-Empfängern. Einen Hilfeempfänger hätte diese beinahe zum Suizid veranlasst. Weiterhin kritisiert der Abg. Hausemann die Anzeige gegen Unbekannt wegen Geheimnisverrats.

Der Landrat und der Abg. Peters wenden sich gegen die Äußerung des Abg. Hausemann hinsichtlich der Verantwortung des Ersten Kreisrates für den Suizidversuch.

Der Abg. Hausemann bedauert seine Aussage hinsichtlich des Suizidversuchs und entschuldigt sich für den möglicherweise erweckten Eindruck, dass der Erste Kreisrat Verantwortung dafür trage.

Sodann weist der Landrat darauf hin, dass das Verfahren wegen Geheimnisverrats nicht eingestellt wurde, weil kein strafbares Verhalten vorgelegen habe, sondern weil kein Täter ermittelt werden konnte.

Der Abg. Peters führt aus, dass die CDU-Kreistagsfraktion bewusst keinen Antrag auf Vertagung, sondern einen Antrag auf Nichtbefassung gestellt habe, um die Mehrheitsverhältnisse aufzuzeigen. Sie halte den Beschlussvorschlag derzeit für nicht zustimmungsfähig.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

1. Im Einvernehmen mit dem Landrat wird gemäß § 62 Abs. 2 Satz 3 (2. Halbsatz) auf eine öffentliche Ausschreibung der Stelle des allgemeinen Vertreters des Landrats (Erster Kreisrat) für die Amtszeit ab 01. Jan. 2009 verzichtet.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür,  
15 Gegenstimmen und  
3 Stimmenthaltungen)

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass durch Zuruf gewählt werden kann, wenn niemand widerspricht oder geheime Wahl verlangt.

Sie stellt fest, dass der Wahl durch Zuruf nicht widersprochen wird und auch keine geheime Wahl verlangt wird.

Wahl/Beschluss:

2. Gero Geißreiter, geboren am [REDACTED], wird für eine weitere Amtszeit von acht Jahren vom 01. Jan. 2009 bis zum 31. Dez. 2016 unter erneuter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit als allgemeiner Vertreter des Landrats - Erster Kreisrat - wiedergewählt.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür,  
12 Gegenstimmen und  
6 Stimmenthaltungen)

Der Erste Kreisrat hat an der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes nicht mitgewirkt.

Der Landrat gratuliert Herrn Geißreiter zu der Wahl. Die Vorsitzende gratuliert ebenfalls namens des Kreistages.

Herr Geißreiter bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und führt aus, er werde die Wahl annehmen und freue sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Punkt 8:

Ernennung des Kreisbrandmeisters unter Berufung  
in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter

- Drucksache Nr. 86 -

Beschluss:

Herr Frank Regelin, geboren am [REDACTED], wohnhaft [REDACTED], 37520 Osterode am Harz, wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren vom 01. Apr. 2008 bis zum 31. März 2014 zum Kreisbrandmeister des Landkreises Osterode am Harz ernannt. Zugleich endet mit Ablauf des 31. März 2008 sein bestehendes Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter (stellv. Kreisbrandmeister).

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 9:

Haushaltsplanung 2008 - 2013;  
Genehmigung des Mehrjahresprogramms 2008 - 2013  
für den Ausbau der Kreisstraßen

- Drucksache Nr. 87 -

Der Landrat weist darauf hin, dass auf Seite 2 der Beschlussvorlage wegen zwischenzeitlich eingetretener Änderungen in der Gesamtsumme für das Jahr 2008 der Betrag „1.730.000 €“ durch den Betrag „1.860.000 €“ sowie bei den Kosten für den 2. Bauabschnitt der K 3 „Ausbau der OD Willensen“ der Betrag „505.000,00 €“ durch den Betrag „635.000,00 €“ zu ersetzen sind.  
Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Durchführung des vorgenannten Mehrjahresprogramms 2008 bis 2013. Zur Erreichung des Ziels, den mittleren Zustandswert der Kreisstraßen zu halten, sollen zusätzlich jährlich 400.000 € für nicht förderfähige Unterhaltungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass die Haushaltslage dies zulässt und dass das Land die aufgeführten Baumaßnahmen fördert.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 10:

Freiwilliger Zuschuss des Landkreises Osterode am Harz zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern in besonderen Notlagen für die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen

- Drucksache Nr. 91 -

Der Abg. Rordorf weist darauf hin, dass er eine Förderung aller Kinder von SGB II-Empfängern für wünschenswert hält und beantragt deshalb, dass für bedürftige Schüler an Schulen, die nicht die Landesförderung erhalten, auch der Landesanteil vom Landkreis Osterode am Harz übernommen werden soll.

Der Abg. Seifert führt aus, dass der Druck auf das Land aufrecht erhalten bleiben müsse und deshalb der grundsätzlich guten Anregung nicht entsprochen werden könne.

Der Abg. F. Seeringer weist darauf hin, dass sich der Personenkreis der Schüler, welche die Schulspeisung in Anspruch nehmen werden, nicht exakt vorhersagbar ist. Die CDU-Kreistagsfraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Ggf. könne später noch erhöht werden.

Es ergibt sich eine Aussprache über die zu erwartenden Auswirkung auf das Land, an der sich die Abg. Rordorf, Schirmer, Peters, Hausemann, Dervedde, Seifert und R. Seeringer sowie der Landrat beteiligen.

Zur Abstimmung stellt die Vorsitzende zunächst den vom Abg. Rordorf eingebrachten

Antrag:

*Der Beschlussvorschlag soll dahingehend geändert werden, dass für bedürftige Schüler an Schulen, die nicht die Landesförderung erhalten, auch der Landesanteil vom Landkreis Osterode am Harz übernommen wird.*

(Abstimmungsergebnis: 8 Stimmen dafür,  
33 Gegenstimmen und  
2 Stimmenthaltungen)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Landkreis Osterode am Harz gewährt im Jahr 2008 einen freiwilligen Zuschuss zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern in besonderen Notlagen für eine schulische Mittagsverpflegung in Schulen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht in seiner Trägerschaft. Er beträgt für Schülerinnen und Schüler bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 0,74 € und für Schülerinnen und Schüler ab Vollendung des 14. Lebensjahres 0,56 € für jedes ausgegebene Mittagessen. Der Zuschuss wird der Schule auf begründeten Antrag hin ausbezahlt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig bei  
1 Stimmenthaltung)

Punkt 11:

Anfragen und Mitteilungen

1. Der Abg. Seifert hatte im Hinblick auf den Wiederaufbau des biologischen Anlagenteils der MBA des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen (AS) in Deiderode eine begleitende externe Fachkontrolle angeregt. In der MBA Wiefels des Zweckverbandes Friesland/Wittmund habe man damit angeblich gute Erfahrungen gemacht.

Der Landrat teilt hierzu Folgendes mit:

In der Verbandsversammlung des AS wurde die Anregung vorgetragen und damit gleichsam „offene Türen ingerannt“. Der Geschäftsführer, Herr [REDACTED], erwiderte sinngemäß, dass der AS über die gesetzlich bzw. durch die Genehmigung nach BImSchG geforderten Fremd- bzw. Eigenüberwacher weitere Externe beauftragt habe, unterschiedliche Themenbereiche zu begleiten.

Es handelt sich im Wesentlichen um die Gutachter, die im Beweissicherungsverfahren vom Landgericht Göttingen bestellt waren. Im Einzelnen sind folgende acht Komplexe erfasst:

a) Einfluss der Fundamente auf den Unfall

Prof. Dr. Ing. S. [REDACTED] hat die Fundamente der drei Fermenter vermessen und stellte fest, dass alle drei Fermenter keine Schiefstellung erfahren haben und die Fundamente an der Oberfläche keinerlei Risse oder Verwerfungen aufweisen. Als Ergebnis schließt er aus, dass von der Gründung oder vom Untergrund herrührende Fundamentschiefstellungen oder andere Versagensarten der Fermentergründung ursächlich für den Unfall waren.

b) Einfluss der Verfahrenstechnik auf den Unfall

Verfahrenstechniker L. [REDACTED] hat den Unfall untersucht. Sein Gutachten ist momentan in Arbeit. In Vorgesprächen hat Herr Lange deutlich gemacht, dass aus seiner Sicht keine Erkenntnisse vorliegen, die auf eine Ursache des Unfalls im Bereich der Verfahrenstechnik schließen lassen.

c) Einfluss der Behälter auf den Unfall

Prof. Dr. Ing. S. [REDACTED] erstellt ein Gutachten, welches eine Gegenüberstellung der alten geschraubten und der neuen geschweißten Behälter beinhaltet. Das Gutachten ist momentan in Arbeit. Zentraler Inhalt wird eine Aussage sein, wonach mögliche Unfallursachen im Bereich der alten Behälter bei den neuen Behältern aufgrund der geänderten Bauweise nicht mehr zu erwarten sind.

d) Beurteilung noch bestehender Behälter

Prof. Dr. Ing. S. [REDACTED] hat die Aufgabe, die noch bestehenden Behälter bautechnisch zu untersuchen und die ggf. erforderliche Sanierung zu begleiten.

e) Sicherheitstechnische Beratung

Herr L. [REDACTED] wird den AS während der Zeit des Wiederaufbaus als sicherheitstechnischer Gutachter beraten und auch die Planung entsprechend begleiten.

f) Untersuchung des Baugrundes

Das Ingenieurbüro Dr. G. [REDACTED] hat im Bereich der drei Fermenter Rammsondierungen vorgenommen und in einem Standsicherheitsgutachten zusammengefasst. Als Ergebnis wird festgestellt, dass die sich aus den Rammsondierungen ergebenden maximalen Setzungen durchweg im bauwerksüblichen Bereich liegen und daraus keine Beeinträchtigung der Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit der Behälter abzuleiten ist.

g) Schweißüberwachung

Als Fremdüberwacher für das Schweißen der Behälter wurde die Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt Hannover beauftragt.

h) Prüfstatiker Behälter

Univ.-Prof. Dr. Ing. P■■■ ist als Prüfstatiker für die neu zu errichtenden Großbehälter (Fermenter/Hydrolyse) tätig.

Der Anregung des Abg. Seifert wurde damit in vollem Umfang Rechnung getragen.

2. In der vorletzten Kreistagssitzung übergab die Abg. Meyer dem Landrat eine Stellungnahme des FDP-Kreisvorsitzenden von Wittmund in Sachen MBA Wiefels.

Der Landrat teilt mit, dass eine Prüfung dieses Schreibens Folgendes ergeben hat:

Die Landkreise Wittmund, Friesland und Cloppenburg sowie die Städte Delmenhorst, Wilhelmshaven und Oldenburg haben sich im Zweckverband Abfallwirtschaftszentrum Friesland/Wittmund zusammengeschlossen, der eine Vollstrom-Nassvergärungs-MBA betreibt, ähnlich der MBA in Deiderode.

In einer Presseerklärung vom August 2007 teilte die Abg. Meyer mit, dass der FDP-Kreisvorsitzende von Wittmund „sich mit auswärtigen Experten die Anlage in Wiefels angesehen haben“ und „zusammen mit den dortigen Verantwortlichen sich dabei ein mögliches jährliches Einsparpotential von über 500.000 € ergeben habe“. Lt. Presseartikel könne Frau Meyer „sich ähnliche Ergebnisse durch Hinzuziehen auswärtiger Experten auch für Deiderode vorstellen“. In der Sitzung des Kreistages am 10. Sept. 2007 hat Frau Meyer dies noch einmal wiederholt und angeregt, mit Wittmund Kontakt aufzunehmen.

Die Verwaltung ist über den AS dieser Anregung nachgekommen.

Der Geschäftsführer des friesländischen Zweckverbandes, der um nähere Erläuterungen zum Einsparpotential lt. FDP-Pressemitteilung gebeten wurde, hatte wie folgt Stellung genommen:

„Die FDP-Kreistagsgruppe Wittmund hatte eine schriftliche Anfrage an den Zweckverband gestellt, in der es um den Sachstand der Baumaßnahme MBA, die Entsorgungssicherheit und entsprechende Verträge ging. Mit der Beantwortung der Fragen wurde durch den Zweckverband auch eine Besichtigung des Abfallwirtschaftszentrums Wiefels angeboten. Daraufhin ist es zu einem sehr kurzfristigen Besuch des Vorsitzenden Herrn F■■■■ (Anmeldung per E-Mail einen Tag vorher) gekommen. In seiner Begleitung waren zwei weitere Personen, u. a. ein sogenannter „Stoffstrommanager“.

Die drei Personen haben die gesamte Anlage zusammen mit unserer Betriebsleiterin sozusagen im Schnelldurchgang innerhalb von 20 Minuten besichtigt. Das Hauptinteresse galt dabei der Entsorgung der heizwertreichen Fraktion. Detailfragen zum eigentlichen Verfahren wurden keine gestellt. Auch fand im Nachgang zur Besichtigung keine Besprechung mit den Verantwortlichen statt. Worauf die Aussage beruht, es gäbe ein jährliches Einsparpotential von 500.000 € bleibt auch für uns ein Rätsel“.



Besonders pikant ist die Angelegenheit auch deshalb, weil weitere Recherchen ergeben haben, dass eben dieser FDP-Kreisvorsitzende von Wittmund anscheinend für eine „Consulting“ tätig ist, die die entsprechenden Dienstleistungen dem Zweckverband angeboten hat; es werden also private und kommunale Interessen nicht sauber getrennt. Die fachlichen Aussagen des „Stoffstrommanagementberaterenteams“ sind nach Einschätzung des Zweckverbandes sehr pauschal und eher nichtssagend.

In der Kreistagssitzung am 19. Nov. 2007 übergab die Abg. Meyer dem Landrat ein Schreiben des Herrn F [REDACTED], welches mit „Stellungnahme MBA Wiefels“ überschrieben war.

Anscheinend sollte der Inhalt dieses Schreibens die augenscheinliche Verquickung zwischen privaten und kommunalen Zielen erklären oder entkräften. Das tut es keinesfalls. Mit keiner Zeile wird auf den Kern der ganzen Angelegenheit eingegangen, mit der die Abg. Meyer in die Öffentlichkeit gegangen ist, nämlich die angebliche Einsparung von 500.000 €/Jahr.

Weiter führt der Landrat aus, dass in einem Gespräch mit dem Landrat Henning Schultz vom Landkreis Wittmund nochmals auch von diesem bestätigt wurde, dass in Wiefels keine Einsparungen erreicht werden, die auf das Wirken des Herrn F [REDACTED] zurückzuführen wären.

Des Weiteren versucht Herr F [REDACTED] seine eigene Rolle in dieser Sache nunmehr herunterzuspielen, in dem er behauptet, dass „einer der externen Berater zusätzlich ein Telefonat mit dem Geschäftsführer des Abfallzweckverbandes geführt und hier sicher seine Unterstützung angeboten hat“.

Wir wissen es aber besser: Herr F [REDACTED] persönlich hat den Ersten Kreisrat des Landkreises Wittmund angeschrieben und als „E [REDACTED] Consulting“ diverse Leistungen angeboten.

Abschließend stellt der Landrat fest, dass, bevor Informationen der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben werden, sie auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft werden sollten. Wenn man dazu nicht selbst in der Lage ist, sollten vorher Experten gefragt werden; dafür steht die Kreisverwaltung gern zur Verfügung.

3. Mit Datum vom 15. Feb. 2008 hat die Abg. Meyer die als Anlage 1 beigefügte Anfrage zur Geschäftslage der Sparkasse Osterode am Harz gestellt.

Der Landrat stellt zunächst richtig, dass er Vorsitzender des Verwaltungsrates, aber nicht Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Osterode am Harz ist. Er sei insoweit grundsätzlich nicht befugt, die Situation der Sparkasse Osterode am Harz öffentlich darzustellen. Um die Anfrage im Kreistag aber korrekt zu beantworten, habe er sich vorab mit dem Vorstandsvorsitzenden Toebe abgestimmt.

Sodann erläutert der Landrat, dass die Norddeutsche Landesbank, die seit 1970 unter der Abkürzung NORD/LB firmiert, nicht direkt von der angesprochenen Krise betroffen ist, aber wie die sieben anderen Landesbanken die Folgewirkungen auf die Bilanz spüre.

Vier der Landesbanken befänden sich weiterhin im „Grünen Bereich“ und zwei hätten hohe Wertberichtigungen durchzuführen, die aber aus dem Geschäftsergebnis 2007 zu finanzieren seien.

Weiterhin weist der Landrat darauf hin, dass die Sparkasse Osterode am Harz nicht in Abhängigkeit von der Nord/LB stehe; die Sparkassen seien keine Zweigstellen der Landesbanken.

4. Der Abg. Körner führt aus, dass sich der Verdacht wegen Geheimnisverrats nicht auf die Kreistagsabgeordneten erstrecken könne, die erst im Jahr 2006 gewählt worden seien. Die in Rede stehenden Drucksachen Nrn. 314 und 315 stammten noch aus der Wahlperiode 2001/2006 und hätten insoweit den Kreistagsabgeordneten der Wahlperiode 2006/2011, die erst in der konstituierenden Sitzung am 20. Nov. 2006 verpflichtet wurden, nicht zur Verfügung stehen können. Er bittet den Landrat um Richtigstellung.

Der Landrat sagt eine Prüfung des Sachverhalts und einen Bericht für die nächste Kreistagsitzung zu.

#### Punkt 12:

##### Einwohnerfragestunde

##### 1. Kreditverkäufe

Ein Bürger wendet sich an den Landrat in dessen Funktion als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse Osterode am Harz und möchte wissen, ob das Geldinstitut gesunde Hypothekendarlehen in einem Paket mit notleidenden Krediten weiterreicht, um Risiken aus eigenen Bilanzen herauszunehmen - eine Praxis, die nach Pressemeldungen aus anderen Bankhäusern bekannt wurde - und ob ein solcher Verkauf durch eine Darlehensvertragsergänzung ausgeschlossen werden könne.

Der Landrat stellt zunächst noch einmal klar, dass die Außenvertretung der Sparkasse Osterode am Harz dem Vorstand obliege, und er deshalb keine offizielle Stellungnahme abgeben könne. Sodann führt er aus, dass derjenige, der seinen vertraglichen Verpflichtungen erfülle, solche Paketverkäufe bei der Sparkasse Osterode am Harz nicht zu fürchten brauche. Hinsichtlich einer Vertragsergänzung müsse Kontakt mit der Sparkasse aufgenommen werden.

##### 2. Zuschuss zur Mittagsverpflegung

Die Rektorin der Hauptschule Neustädter Tor, Frau [REDACTED] S [REDACTED], dankt den Kreistagsabgeordneten im Namen der bedürftigen Kinder für die positive Entscheidung.

Um 17.12 Uhr schließt die Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Kreistages.

*gez.*  
*Helga Klages*

Vorsitzende

*gez.*  
*Bernhard Reuter*

Landrat

*gez.*  
*Jörg Schattenberg*

Protokollführer

Für den Tagesordnungspunkt 5 des nichtöffentlichen Teils:

*gez.*  
*Gero Geißreiter*

Erster Kreisrat

Genehmigt in der Sitzung des Kreistages am 21. April 2008